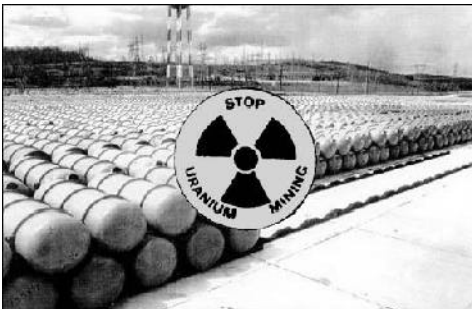


Stoppen wir die Rüstungs- und Atomindustrie - JETZT!

Überregionale Kundgebung (01.09.) und Aktionen in Gronau

Uranhexafluorid - was ist denn das? UF₆ ist die chemische Abkürzung für Uranhexafluorid und ist nicht das erste, aber ein wichtiges Glied in der Kette der atomaren Brennstoffversorgung. Die Uranerzgewinnung der Wismut AG in der ehemaligen DDR war Grundlage für das zivile und militärische Atomprogramm Rußlands. Seit der Wiedervereinigung ist der Uran-Abbau durch die Bundesregierung per Dekret beendet worden, da die damit verbundenen Risiken zu groß sind. Die zahlreichen Leukämiefälle sowie die strahlenden Abraumhalden der Wismut und deren milliardenteure Beseitigung bezeugen eindrücklich die Gefahr für Mensch und Umwelt. Das Uranerz für die Industrieländer stammt zu 70% aus Ländern mit indigener Bevölkerung. Das Strahlenrisiko in den Hauptabbaugebieten tragen z. B. die Mirrar,



Aborigines in Australien, die kanadischen Indianer der Cree und Dene in Saskatchewan oder die Tuareg in Nigeria.

Das chemisch versetzte Abfallgestein aus dem Uranabbau, das vor Ort verbleibt, enthält noch 85% der ursprünglichen Radioaktivität. Für ein AKW werden ca. 33 Tonnen Uran jährlich benötigt. Die 13000-fache Menge an radioaktivem Gestein bleibt im Abbaugelände zurück und verseucht durch Wind und Wasser die gesamte Region über Jahrtausende. Strahlenerkrankungen in diesen Gebieten liegen teilweise bis zum 8-fachen über dem Landesdurchschnitt. Deshalb hat schon der Beginn der atomaren Kette den Entzug der Lebensgrundlagen und Zerstörung indigener Kultur zur Folge.

Diesen atomaren Rassismus und Kolonialismus gegenüber indigenen Völkern beschreibt Daniel Zapata von der Navaho-Widerstandsgruppe Pebody Watch so: „Indigene Völker waren, sind und werden immer die Vorhut der Anti-Atom-Bewegung sein. Wir müssen alle unsere Aufmerksamkeit auf den Anfang und

das Ende des atomaren Ungeheuers richten - auf indigenes Land genauso wie den eigenen Hinterhof. Die Indigenen schaffen es nicht allein. Wir brauchen uns alle zusammen, Seite an Seite, jede/r Einzelne/n, Gruppe/n, politische Parteien und Länder um eine nuklearfreie Welt Realität werden zu lassen - Nicht so sehr zu unserem heutigen Vergnügen, aber für die zukünftigen Großväter und Großmütter“.

Das aus den Abbauländern stammende Uranerz wird in sogenannten Konversionsanlagen, z. B. in Frankreich, in UF₆ verwandelt, bevor es in die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau (weltweit gibt es 14 UAA zur Versorgung von ca. 430 AKW) transportiert wird. Dort wird es angereichert, bevor es u.a. in der Brennelementfabrik Lingen durch Advanced Nuclear Fuels (ANF), eine 100%ige Siemens-Tochter, zu Brennstäben verarbeitet wird. Neben den deutschen AKW zählen Frankreich und Schweden zu den Hauptabnehmern, beliefert werden außerdem AKW in Ländern wie Belgien, Niederlande, Spanien und der Schweiz. Im Schatten der Castortransporte konnte dieser Unternehmensbereich der Atomwirtschaft in den letzten Jahren ungestört und kontinuierlich ausgebaut werden. Das Geschäft hat sich so gut entwickelt, daß jetzt eine Vervierfachung des Outputs realisiert werden soll. Die Verdoppelung der Kapazität wurde unter RotGrün bereits genehmigt.

In Zukunft soll also der Export von deutschem Atombrennstoff in alle Welt massiv zunehmen. Die Erweiterung bedeutet auch eine Vervierfachung der bisher rund 430 LKW-Transporte pro Jahr. Transportiert wird nicht nur UF₆, sondern auch das bei der Anreicherung in großen Mengen anfallende abgereicherte Uran, ebenfalls UF₆ genannt. Dieses abgereicherte UF₆ ist Atommüll und wird in Gronau unter freiem Himmel gelagert, bis es zum weiteren Verbleib u.a. nach Rußland, z.B. Jekatharinenburg transportiert wird. Diese UF₆ Transporte sind ein guter Anknüpfungspunkt für Widerstandsaktionen, ähnlich den Castortransporten.

Demo an der UAA Gronau am 1. September, 13 Uhr

Das Aktionsbündnis vermittelt Mitfahrgelegenheiten (aus dem Südwesten) - meldet Euch!

Termine

Sonntag, 01. September
Auftakt-Demo zu Aktionen gegen Urantransporte, 13 Uhr, Gronau

Freitag, 06. September
Plenum des Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

Sonntag, 08. September
Evakuierungsrouten im Falle einer Katastrophe im AKW Neckarwestheim, Fahrradtour, infos: www.bbm.n.de

Mittwoch, 11. September
BBMN: Treffpunkt Anti-Atom Kirchheim/N., alte Schule, 19.30 Uhr

Samstag, 14. September
AKW ABSCHALTEN in Grafenrheinfeld und anderswo, Demo in Schweinfurt 10.30 Uhr, Postplatz

Donnerstag, 26. September
Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand N. im freien Radio für Stuttgart, 18 bis 19 Uhr, UKW 102,1 bzw. 97,2

Sonntag, 20. Oktober
Europäische Anti-Atom Demo in Strasbourg, 14 Uhr

28.10. - 12.11.
„Gorleben-Castor“
vielfältige Aktionen auch in Frankreich und im Südwesten

Spenden?
Ja bitte!

DemoZ,
Volksbank Ludwigsburg
BLZ 604 901 50
Kto. 244 740 011

**Datenabfrage:
Adressen****Anschriften bei uns im
Süden:**

Landeskriminalamt Baden-
Württemberg,
Taubenheimstr. 85, 70372
Stuttgart

Landesamt für Verfas-
sungsschutz,
Taubenheimstr. 85 A,
70372 Stuttgart
(nette Adressen-
gemeinschaft!)

Polizeipräsidium Rhein-
pfalz,
Wittelsbachstr. 3, 67061
Ludwigshafen

Bundesweit:

Bundeskriminalamt,
Thaerstr. 11, 65193 Wies-
baden

Bundsam für Verfassungs-
schutz
Merianstr. 100, 50765 Köln

Staatsanwaltschaften:

Wenn schon mal irgend ein
Verfahren gegen dich einge-
leitet wurde.

*Immer gleichzeitig auch die
Datenschutzbeauftragten
ansprechen:*

Baden-Württemberg:
Landesbeauftragten für
Datenschutz, Herrn Schnei-
der,
Marienstr. 12, 70178 Stutt-
gart

Rheinland-Pfalz:
Landesbeauftragten für
Datenschutz, Herrn Dr.
Rudolf,
Deutschhausplatz 12,
55116 Mainz

Bund:
Bundesbeauftragten für
Datenschutz, Herrn Dr.
Jacob
Friedrich-Ebert-Str. 1,
53173 Bonn

Jahrelange Vermutungen bestätigt:

**Umfangreiche Datensammlungen über Atomkraftgegner/
innen**

Anfragen über Datenauskünfte bei der örtli-
chen Polizei, dem Landes- und dem Bundes-
kriminalamt übertrafen unsere bereits seit lan-
gem vorhandene Befürchtungen noch um
Einiges: Seit vielen Jahren werden wir gezielt
beobachtet, ausgeschnüffelt und alles über
uns in Dateien gespeichert. Der Besuch von
Veranstaltungen, die Teilnahme an Demon-
strationen, durchgeführte Personenkontrollen,
veröffentlichte Artikel, ein geparktes Auto in
AKW-Nähe - dies alles wird von der Polizei
landes- und bundesweit unter einem Straftats-
vorwurf abgespeichert.

Der politische Skandal daran ist, dass es gar
keine Rechtsgrundlage dafür gibt, uns AKW-
Gegner/innen unter dem Vorwurf der Bege-
hung von Straftaten zu belangen. Denn seit
dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes
von 1995 im Zusammenhang mit Blockaden
der Friedensbewegung ist geklärt, dass selbst
friedliche Blockaden höchstens eine Ord-
nungswidrigkeit und keine Straftaten im Sin-
ne des Nötigungsparagraphen 240 des Straf-
gesetzbuches sind.

Trotzdem betreibt die Polizei seit Jahren eine
Kriminalisierung von Atomkraftgegner/innen
mit diesen Datenspeicherungen. Denn sie
werden dazu herangezogen, um eine „Ge-

fährlichkeit“ im strafrechtlichen Sinn zu unter-
stellen und ohne Rechtsgrundlage durchge-
führte Verbote und Ingewahrsamnahmen zu
rechtfertigen. Die Aufnahme in eine der Polizei-
dateien erfolgt bereits, wenn beispielsweise ein
Atomkraftgegner/in in eine Personenkontrolle
anlässlich eines Atommülltransportes gerät. Es
muss weder eine begangene Ordnungswid-
rigkeit, geschweige denn eine Straftat vorlie-
gen.



(aus „Sicher Leben“, Hrsg.: LKA BaWü)

Wer eine Auskunft über seine Daten haben möchte:

Jeder hat das Recht eine kostenlose Auskunft
über abgespeicherte Daten zu seiner Person
zu verlangen. Die Grundlage dazu bilden die
jeweiligen Polizei- und Datenschutzgesetze der
Länder, das Bundeskriminalamts-, das Bun-
desdatenschutzgesetz, sowie die Vorschriften
für die einzelnen Behörden, beispielsweise
Verfassungsschutz usw.

Wichtig ist es, nie die **Löschung** der Daten
zu beantragen, sondern eine **umfassende
Auskunft** über sämtliche abgespeicherten
und sonstwo vorhandenen Daten zur Person
zu verlangen.

Was muss in die Anfrage rein:

- Absender mit Geburtsdatum und -ort
 - Bezug auf die Gesetze zur kostenlo-
sen Auskunftspflicht
- Bsp: Polizeigesetz Ba-Wü § 45, Landes-
datenschutzgesetz Ba-Wü § 19
Bundeskriminalamtsgesetz, Bundesdaten-
schutzgesetz usw.

- Eine umfassende und vollständige
Auskunft über alle personenbezogenen Da-
ten verlangen,
dies bei der abgefragten Stelle, wie auch über
Daten-Verbindungen zu dritten Stellen,
und zwar auf Datenträgern, in Akten, allen
sonstigen Dateien

- Die Rechtsgrundlage für die Speiche-
rungen verlangen

- Ihr solltet einen Grund für die Daten-
abfrage angeben. Dies können stattgefunde-
ne Maßnahmen der Polizei gegen euch ge-
wesen sein (Identitätskontrollen, Platzverwei-
se, Ingewahrsamnahmen...), oder sonstige
persönlichen und beruflichen Sachen (Bewer-
bung in den Staatsdienst...)

- Ausdrücklich verlangen, dass vor ei-
ner Löschung vorhandener Daten zuerst eine
vollständige Auskunft erteilt werden muss. Lö-
schung erst mit eurem Einverständnis

- Mitteilen, dass ihr euch eine Überprü-
fung durch den Landes- oder Bundes-
datenschutzbeauftragten vorbehaltet

Forts.: Umfangreiche Datensammlungen über Atomkraftgegner/innen

Wird eine Auskunft verweigert, oder ihr habt den Eindruck sie ist nicht vollständig, auf jeden Fall den zuständigen Datenschutzbeauftragten einschalten. Bevor ihr euch jedoch auf eine juristische Auseinandersetzung

einlasst, unbedingt rechtskundig machen, notfalls einen Anwalt einschalten.

Buchtipp:

Rolf Gössner, Erste Rechtshilfe, Verlag die Werkstatt

Bilanz von 4 Jahren rot-grüner Atompolitik – ein Plädoyer sich wieder einzumischen

Die Grünen/Bündnis 90 stellen den mit der Atomwirtschaft ausgehandelten Atomkonsens als den größten Erfolg der rot-grünen Regierungszeit in Sachen Umweltpolitik dar. Der Öffentlichkeit wird der Atomkonsens als "Ausstieg aus der Atomenergienutzung" verkauft. Wir wollen u.a. noch einmal dar stellen, warum der sogenannte Atomkonsens in Wirklichkeit KEIN Erfolg ist, sondern eine Lüge.

Der sog. Atomkonsens ist KEIN Ausstieg aus der Atomenergienutzung, sondern er ist in Wahrheit die Garantie für den ungestörten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. In der Konsensvereinbarung hat die Bundesregierung den AKW-Betreibern zugesagt, daß "für die verbleibende Nutzungsdauer der **unge störte Betrieb** der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung gewährleistet werden." Auf diese Garantierklärung werden die Betreiber pochen, selbst wenn nach einem schwerwiegenden Störfall die Abschaltung eines Atomkraftwerkes geboten wäre. Diesen Persilschein hat es selbst unter der jahrelangen CDU-Regierung nicht gegeben. Kein Wunder also, daß der baden-württembergische Untersuchungsausschuß, welcher die letztjährigen Vorfälle im AKW Philippsburg untersucht, sich darauf beschränkt personelle Konsequenzen zu ziehen, anstatt die Stilllegung einzufordern.

Dieser ungestörte Weiterbetrieb soll noch ca. 35 Jahre fortwähren, was sich aus der "Rest"strommenge errechnet, welche den Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Atomkonsens zugesichert wurde. Es wurde für KEIN einziges Atomkraftwerk ein konkretes Abschaltdatum festgelegt, statt dessen wurde den EVU eine in Zukunft zu produzierende Strommenge zugestanden, die der bislang von deutschen AKW produzierten Strommenge entspricht.

Die verheerenden Konsequenzen aus dem jahrelangen Weiterbetrieb der Atomreaktoren sind:

- tausende Tonnen von hochradioaktiv strahlendem Atommüll, für den schon in den letzten 30 Jahren keine Endlagerstätte gefunden werden konnte!

- die fortgesetzte Wiederaufarbeitung des atomaren Müll in den Plutoniumschleudern Sellafield und La Hague

- die andauernde gesundheitliche Gefährdung der Menschen durch radioaktive Emissionen

Da rede noch einer von Ausstieg aus der Atomenergienutzung!

Die Grünen sind 1998 in die Regierungskoalition gegangen als Hoffnungsträger für eine andere Politik. Aber was ist davon geblieben?

- Sie wollten eine Politik, die sich radikal an den Menschenrechten ausrichtet. Jetzt haben sie der Unterordnung von Menschenrechten unter Kapital-Interessen zugestimmt als es um das Zuwanderungsgesetz ging.
- Sie – die ehemalige Anti-Kriegs-Partei – haben den Krieg als Mittel der Politik wieder hoffähig gemacht, in dem sie der Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Krieg und am Krieg gegen Afghanistan zugestimmt haben.

Fortsetzung Seite 4

Anti-Atom - zweites Halbjahr 2002

Wir hoffen, ihr habt euch in der Sommerpause gut erholt und habt jetzt wieder genügend Energie, euch zu engagieren!

Im zweiten Halbjahr gibt es für AtomkraftgegnerInnen einige „Pflicht-Termine“, auf die wir euch hier nochmals gesondert hinweisen wollen.

Mit der **Demo in Gronau** am 1. September beginnt der dritte Teil der Transporte-Stopp-Kampagne. Im Anschluss an diese Demo gibt es Gronau ein Camp mit Aktionen zur UAA und den dortigen UF6 - Transporten.

Im September rechen wir mit dem nächsten **Castor aus dem AKW Neckarwestheim** nach Sellafield. Zu diesem Transport wird es einen Auftakt am Sonntag vor dem Strassen-Transport geben. Aktionen zum Transport sind in Vorbereitung - Achtet auf Ankündigungen!

Am 20. Oktober findet in Straßburg eine **europaweite Anti-Atom-Demonstration** statt. Diese Demo ist zugleich der südwestdeutsche Auftakt zum nächsten Castor nach Gorleben sein.

Gorleben-Castor: Die 12 Castoren aus La Hague, welche zwischen dem 28.10. und 12.11. ins Wendland rollen sollen, werden schon in Frankreich und an der Grenze auf entschiedenen Widerstand treffen. Für die Aktionen (und die entsprechende Infrastruktur) laufen auch hier im Südwesten die Vorbereitungen.

Auf Druck von allen Seiten wird der Gemrighheimer Gemeinderat voraussichtlich im September die bisher noch verweigernte Baugenehmigung zum **Zwischenlager** in Neckarwestheim erteilen. Termine hierzu folgen.



OVG Mainz bestätigt rechtswidrige Polizei-Praxis

Nachdem eine Klage gegen die Gewahrsamnahme beim Castor am 15. Mai 01 abgelehnt wurde, hat das OVG Mainz ein Berufungsverfahren hierzu nicht zugelassen.

Mit diesem Urteil wurde im Nachhinein das im Widerspruch zum Polizeigesetz stehende Handeln der pfälzischen Polizei legitimiert.

Nach der Urteilbegründung durfte die Polizei den Atomkraftgegner in Gewahrsam nehmen, ohne dass, es wie im Gesetz vorgeschrieben ist, begründete Hinweise auf eine unmittelbar bevorstehende Straftat oder erhebliche Ordnungswidrigkeit gab und ohne dass vorher mildere Mittel (z. Bsp. Platzverweis) wie gesetzlich vorgeschrieben, angewandt wurden.

Das OVG sieht in dem Fall auch keine grundsätzliche Bedeutung.

Die könnt ihr dann möglicherweise bald in der Pfalz erleben. Als Grund für eine Ingewahrsamnahme genügt demnach, abseits einer Hauptstrasse durch einen Ort zu fahren, den Castor zu beobachten, sich allen Polizeivweisungen zu fügen und ein Anti-Atom-Flugblatt mit sich zu führen.

Oder (steht nicht im Urteil) ihr seid in der Castor-Datei eingetragen, oder einfach als Atomkraftgegner bekannt... Rechtsmittel gegen diese skandalöse und politische richterliche Entscheidung gibt es nicht.

Fortsetzung S.3:

Bilanz von 4 Jahren rot-grüner Atompolitik – ein Plädoyer sich wieder einzumischen

- Sie – die ehemalige "Umwertpartei" – versuchen, uns den ausgehandelten Atomkonsens als gigantischen Erfolg zu verkaufen.

Der Vorwurf an die Grünen ist nicht, daß sie als kleiner Koalitionspartner zu schwach sind, sondern, daß sie ihre eigenen Prinzipien verraten haben. Und daß sie die Bürger belügen. Damit haben sie auch die außerparlamentarische Anti-Atom-Bewegung verraten, denn sie kollaborieren mit den Herrschenden GEGEN uns.

Leider haben die Grünen mit dem Märchen vom "Atomausstieg" Erfolg. Viele Menschen lehnen sich zurück, und sagen: "Die da oben werden es schon richten. Die Grünen sind an der Regierung, die nehmen den Atomausstieg schon in die Hand und dann wird alles gut!" Ehemals in der Anti-Atom-Bewegung aktive Menschen sind durch die Politik der Grünen irritiert und fühlen sich hilflos. Diese Menschen ziehen sich aus den politischen Auseinandersetzungen zurück und versuchen in der individuellen Nische ihr Leben zu gestalten. Sie sagen: "Was können wir jetzt noch tun? Die da oben machen doch eh, was sie wollen!"

Ende September ist wieder Bundestagswahl. Die rot-grüne Regierung propagiert: "Wer Stoiber wählt, stimmt für die Atomkraft!" Das mag sein. Die Grünen (oder eine andere linke Partei) zu wählen als kleineres Übel, das jedoch sollte man sich genau überlegen. Denn Eines ist klar: Wer seine Stimme abgibt, hat nichts mehr zu sagen!
EIGENTLICH !!

Aber das muß nicht sein!

Auch wer auf dem Stimmzettel sein Kreuz macht, hat weiterhin das Recht z. B. zu demonstrieren oder sich beim nächsten Castor-Transport quer zu stellen. Wir plädieren dafür, daß ihr die Politik wieder als eure Sache begreift!

Es liegt an uns, daß wir uns wieder gemeinsam als gesellschaftliche Kräfte begreifen, die sich den von den Herrschenden entworfenen Entwicklungen in den Weg stellen: gegen die Globalisierung und die Liberalisierung, gegen den Krieg und gegen die Atomkraft!



Bußgelder gegen Atomkraftgegner/innen

Die Kreispolizeibehörde im Landratsamt Ludwigsburg hat erneut unverschämte Bußgeldbescheide in Höhe von 250 Euro gegen Atomkraftgegner/innen ausgesprochen. Dies, obwohl das Amtsgericht Ludwigsburg in den seit März stattfindenden Prozessen wegen einer Sitzblockade gegen den Atommülltransport nach Sellafeld vom April letzten Jahres alle Bußgelder auf 25 bzw. 50 Euro reduzierte. Und ausdrücklich die inhaltliche Kritik an der ungeklärten Endlagerfrage für den Atommüll und den Gefährdungen durch den AKW-Betrieb insgesamt anerkannte.

Bei Protesten gegen die diesjährigen Atommüllverschiebungen des GKN nach Sellafeld hat die Polizei willkürlich Atomkraftgegner/innen festgehalten oder gar in Gewahrsam genommen. So wurden Personen, die sich vor den

Transport gesetzt hatten, von der Polizei von der Straße getragen und es erfolgte nicht einmal eine Feststellung der Personalien. Andere AKW-Gegner/innen, die neben der Transportstrecke demonstrierten wurden gleich in Gewahrsam genommen.

Das Landratsamt Ludwigsburg setzt nun trotz der zahlreichen Pannen und Skandale, gerade in den Atomkraftwerken Neckarwestheim und Philippsburg, die Kriminalisierungspraxis gegen Atomkraftgegner/innen mit seinen 250 Euro-Bußgeldbescheiden fort.

Unser Protest ist berechtigt, wir fordern die Einstellung der Verfahren!

Solidaritätsspenden für die Betroffenen auf das Soli-Konto des Aktionsbündnisses bei der Volksbank Ludwigsburg: Konto 244 740 003, BLZ 604 901 50

Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

c/o Demokratisches Zentrum (DemoZ), Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg

Bürozeiten: mittwochs, ab 20.00 Uhr

Spenden! DemoZ, VoBa LB (BLZ 604 901 50), Kto. 244 740 011, „Anti-AKW“
<http://neckarwestheim.antiatom.de> ★ anti-akw.neckarwestheim@s.netic.de

Info-Tel & AB: 07141 / 90 33 63

Fax : 07141 / 92 39 91 (vorher anmelden)